

# Abbau-Aufschub von zehn Jahren für den Ahm

Kalkwerke erwerben von Erbenegemeinschaft 3,4 Hektar große „Klinke“ auf Hohenlimburger Gebiet

Von Volker Bremshey

**Hohenlimburg.** Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Gleichwohl bietet diese Nachricht zunächst eine Verschnaufpause für die Natur auf Iserlohner Stadtgebiet. Und somit auch eine kleine Atempause für die Letmather Bürgerinitiative für den Erhalt des Ahm.

Denn Dr. Christian Lange, Geschäftsführer der Hohenlimburger Kalkwerke, bestätigte im Gespräch mit dieser Zeitung, dass sein Unternehmen rund 3,4 Hektar an potenzieller Abbruchfläche auf Hagener Stadtgebiet erworben und sich dabei mit den Besitzern, eine Erbenegemeinschaft, geeinigt habe.

Seit vielen Jahren hatten sich die Hohenlimburger Kalkwerke intensiv um diese Fläche, die vielfach als „Klinke“ oder „Nase“ bezeichnet wird, bemüht, hatten dabei aber auf Granit gebissen. Eine Einigung schien äußerst kompliziert, weil die Interessenssätze groß und über viele Jahre unüberbrückbar schienen. Doch diese konnten jetzt ausgeräumt werden. Zu welchen Bedingungen und Konditionen? Dazu wollte sich Dr. Christian Lange nicht äußern.

Dennoch beinhaltet diese Einigung eine positive Botschaft. Zumindest für die Letmather Bürger, die um den Erhalt des Naherholungsgebietes kämpfen. Denn der geplante Abbau der 3,4 Hektar großen Fläche bedeutet einen Aufschub des Übergriffes aufs Iserlohner Stadtgebiet für rund zehn Jahre.

Voraussetzung ist jedoch, dass die Stadt Hagen den Hohenlimburger Kalkwerken die Abbaugenehmigung erteilt. Dieses ist noch nicht geschehen, wie Karsten-Thilo Raab (Presseamt der Stadt Hagen) gestern bestätigte. „Dieses Genehmigungsverfahren geht jetzt seinen normalen Gang. Die zuständigen Ausschüsse der Stadt werden sich damit beschäftigen.“

Unabhängig von diesen neuen Ereignissen hat es am 6. September in Oege einen Ortstermin zur geplanten Steinbruch-Erweiterung auf Iserlohner Stadtgebiet gegeben. Dort möchten die Kalkwerke perspektivisch in einer ersten Stufe rund zehn Hektar, langfristig weitere 18 Hektar abbauen (unsere Zeitung berichtete mehrfach). Die Bezirksregierung Arnsberg hatte im Genehmigungsverfahren die Zu-



Die Dimension der gegenwärtigen und der zukünftigen Größe des Oeger Steinbruchs, der auf Letmather Gebiet ausgedehnt werden soll, wird beim Luftbild von Hans Blossy deutlich.

FOTO: HANS BLOSSY

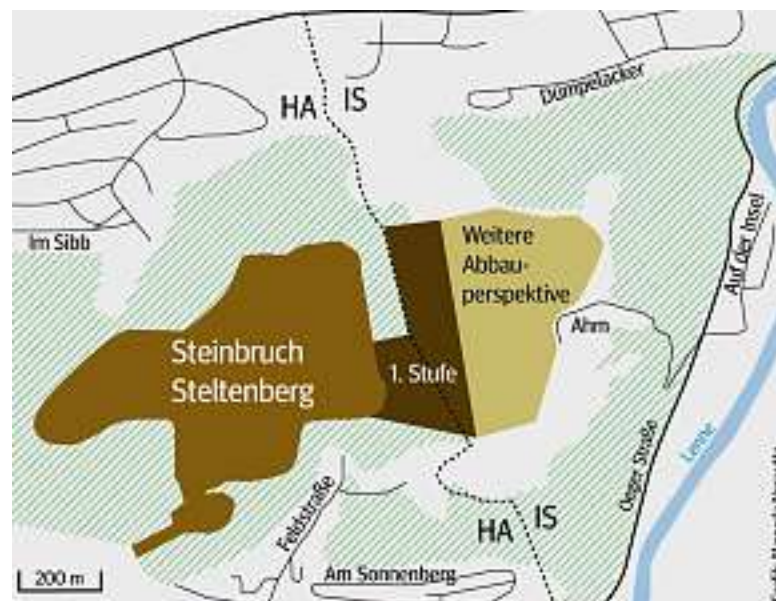
## „Den Ahm als Naherholungsgebiet und landwirtschaftliche Fläche erhalten.“

**Michael Scheffler (SDP)**; Vize-Bürgermeister der Stadt Iserlohn

ständigkeit an die Stadt Hagen gegeben, das NRW-Umweltministerium diese Entscheidung später bestätigt.

Doch damit wollte sich die Stadt Iserlohn nicht einverstanden erklären und zog deshalb vor das Verwaltungsgericht Arnsberg. Die Iserlohner möchten in dieses Genehmigungsverfahren eingebunden werden und eigenverantwortlich über „Grund und Boden“ entscheiden.

Bevor es zu einer mündlichen Verhandlung kommt, beraumte das Gericht einen Ortstermin an. Daran nahmen die Vertreter der Städte Hagen und Iserlohn, die Hohenlimburger Kalkwerke und des Verwaltungsgerichtes Arnsberg teil. „Ein solcher Termin vor einer Verhandlung ist nicht außergewöhnlich“, betonte Pressesprecher Klaus Buter.



Die gegenwärtigen und die zukünftigen Abbauflächen der Hohenlimburger Kalkwerke mit „Klinke“ oder „Nase“.

Beim Ortstermin nahmen die Parteien die Abbauflächen noch einmal in Augenschein und thematisierten u.a. auch die nach einem Kalksteinabbau entstehenden möglichen neuen Sicht-Achsen. Denn diese waren u.a. ein Argumentationspunkt der Letmather Bürger-

initiative für den Erhalt des Ahm und somit gegen eine Steinbruch-Erweiterung.

Weil es sich um ein schwebendes Verfahren handelt, wollten sich weder die Stadt Hagen noch die Stadt Iserlohn zu möglichen Ergebnissen der Gespräche äußern. Auch das

Verwaltungsgericht nicht, das jedoch davon ausgeht, dass es noch in diesem Jahr zu einer mündlichen Verhandlung, die öffentlich sein wird, kommen könnte. Es sei denn, die Stadt Iserlohn lenkt ein. Gleichzeitig hat die Stadt Iserlohn nämlich signalisiert, auch eine außergerichtliche Einigung akzeptieren zu wollen. Wie eine solche aussehen könnte? „Kein weiterer Kommentar“, hieß es dazu aus der Verwaltung.

Möglicherweise spielt dabei auch die Verteilung der Gewerbesteuer eine Rolle. Denn diese fließt nach Informationen unserer Zeitung auch bei einem Abbau auf Iserlohner Gebiet ausschließlich nach Hagen. Diese Tatsache könnte Begehrlichkeiten wecken . . .

Weiter gibt es in Iserlohn auch seitens der Politik ernsthafte Bemühung, wie Vize-Bürgermeister Michael Scheffler gestern deutlich machte, durch eine Festschreibung im Flächennutzungsplan den Bereich als Naherholungsgebiet mit landwirtschaftlich genutzten Flächen zu erhalten. Scheffler: „In der aktuellen Ratssitzung am Dienstag war der Ahm jedoch kein Thema.“